



## Zur Einführung

Bei einer kleinen empirischen Studie in einem baden-württembergischen Landkreis wurde uns vor etwa zehn Jahren bei einem Interview von einem Beamten des Polizeilichen Staatsschutzes erklärt, dass es im Landkreis höchstens zehn jüngere, gewissermaßen suspekten Personen gebe, insofern sie einen lockeren Kontakt zur rechtsradikalen Szene unterhalten würden. Man habe sie auf dem einen oder anderen Konzert beobachtet. Einige Tage später wurde uns eine gehackte Kundenliste eines einschlägigen Versandhandels gezeigt, mit mehr als hundert Kunden aus dem Landkreis.

Ob sich die Wahrnehmung der zuständigen Behörden – Polizei und Justiz – in der Zwischenzeit etwas geschärft hat, können wir nicht beurteilen, befürchten aber, dass den Recherchen der „Zeit“ eine hohe Plausibilität zukommt. Danach wird der politische Hintergrund weniger spektakulärer Straftaten nach wie vor eher zögerlich in den Ermittlungen berücksichtigt. Sie fließen daher in die offizielle Statistik (2018: 19.400, 2019: 19.409 Straftaten laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz) nicht mit ein.

Andererseits ist kaum zu bestreiten, dass die Auseinandersetzung mit sogenannten rechtspopulistischen, rassistischen und rechtsradikalen Umtrieben in der öffentlichen und parlamentarisch-politischen Diskussion inzwischen intensiver geworden ist. Nach vielen großen Auftrieben (z. B. Pegida), v. a. aber nach den Wahlerfolgen der AfD war

es kaum noch möglich, diese Entwicklungen als vorübergehend, die politisch motivierten Straftaten als „abscheuliche“ Entgleisungen von Einzeltätern und Einzeltäterinnen bzw. von Gruppen aus eher schwierigen sozialen Verhältnissen zu bagatellisieren. Die noch junge Diskussion über eine „Rassismusstudie“ zur Polizei in der Bundesrepublik nach einigen schwerwiegenden „Vorkommnissen“ zeigt aber, wie schwierig es bleibt, dieses Thema zu beackern. Die Forderung nach einer solchen unabhängigen, wissenschaftlichen Untersuchung wurde lange vom zuständigen Minister abgebügelt. Dabei wurde kolportiert, dass dieser Forderung ein Generalverdacht gegenüber allen Polizeibeamtinnen und -beamten zugrunde liege.

Nun ist diese „große“ Politik nicht unmittelbar Thema dieses Heftes. Es geht vielmehr um die Frage, ob diese Entwicklungen, die wachsende Präsenz rechter „Themen“ innerhalb der Parlamente und im zivilgesellschaftlichen Bereich, ob die Tatsache, dass autoritäre Sichtweisen auch in konservativen Milieus zunehmend salonfähig werden (im Umlauf waren sie immer schon), Einfluss auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit haben.

In der Fachdiskussion wird dies bejaht, wobei mehrere Ebenen voneinander unterschieden werden. Eine aktuelle Studie von **Christoph Gille** und **Birgit Jagusch** zur Situation in Nordrhein-Westfalen kommt zu dem Ergebnis, dass sich auf der parlamentarischen Ebene die Angriffe auf die Offene

Kinder- und Jugendarbeit häufen. Sie zielen sowohl auf Inhalte (z. B. antirassistische, gender- und queersensible Angebote), als auch auf die Finanzierung der Arbeit. Beobachtet werden könnten auch Versuche, sich in die Organisation und Durchführung von Angeboten einzumischen, um diese inhaltlich zu verändern – eine Möglichkeit, die in der partizipativen Offenen Kinder- und Jugendarbeit selbstverständlich immer gegeben ist.

Festgestellt werden aber auch „interne Einflussnahmen“. Auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit tummeln sich vereinzelt Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit einer nicht zu übersehenden Nähe zur rechten Szene (wobei auch dies kein neues Phänomen ist). Schwerwiegender, weil folgenreicher dürfte sein, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigene problematische Einstellungen nicht hinreichend reflektieren, was zu zumindest subtilen, in der Regel ungewollten Diskriminierungen im pädagogischen Alltag führt. Dies ist auch ein Ergebnis der Entpolitisierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die aus unserer Sicht die Entwicklung des Arbeitsfeldes seit langem begleitet. In den in der Studie erhobenen Daten finden sich jedenfalls vielfältige Belege für geradezu „klassische autoritäre Vorstellungen“, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern transportiert werden. Noch häufiger sei festzustellen, dass bei Diskriminierungen durch Kolleginnen und Kollegen oder durch Jugendliche nicht eingeschritten wird – sei es, um Konflikte aus dem Weg zu gehen, sei es deshalb, weil man oder frau es gar nicht bemerkt.

Ein weitere Ebene der Einflussnahme, die nicht zu unterschätzen ist, sind unmittelbare Angriffe, die sich gegen Einrichtungen,

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Besucherinnen und Besucher richten. Dazu gehören der Missbrauch von Fassaden, die aufwändig wieder gereinigt werden müssen, Pöbeleien, handfeste Auseinandersetzungen bis hin zum Molly, der vor die Eingangstür geworfen wird.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Autoren und Autorinnen betonen ausdrücklich, dass sie damit keinen Mainstream für die Offene Kinder- und Jugendarbeit beschreiben. Zumal die Vielzahl an Angeboten, die sich ausdrücklich gegen rechte, autoritäre Einflussnahmen auf Kinder, Jugendliche und auf das Gemeinwesen wenden, hier unberücksichtigt bleiben. Trotzdem sind diese Entwicklungen aus ihrer Sicht bedenklich und dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden (vgl. dazu **Steffen Poetsch** u. a., Landnahmen der Neuen Rechten in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, 36 Jg., 2. Quartal Juni 2020, S. 8 – 15. **Lynn Berg, Andreas Zick, Hrsrg.**, FGH-Studie. Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03. Autor/Autorin; **Christoph Gille, Birgit Jagusch** und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Düsseldorf 2019).

## Zu den Beiträgen

Wir konzentrieren uns in diesem Heft auf zwei Aspekte. Zum einen auf die Versuche politischer Einflussnahme auf den unterschiedlichen Ebenen, zum anderen darauf, welche Erfahrungen Träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen, welchen Angriffen und Interventionen sie konkret ausgesetzt sind.

**Moritz Schwerthelm, Gillian Zimmermann, Nils Schuhmacher** fassen die Ergebnisse einer empirischen Erhebung zu-

sammen, die sie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. im vergangenen Jahr durchgeführt haben. Die erhobenen Daten zeigen zum einen, wie politische Interventionen aus unterschiedlichen Richtungen (nicht nur von rechtsaußen) sich gegenseitig verstärken können und so den Gestaltungsspielraum der Offenen Arbeit vielerorts einschränken. Zum anderen wird deutlich, welche besonderen Bedingungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit dazu beitragen, dass solche Interventionen besonders wirksam werden können. Die Analyse gibt aber auch den Blick frei darauf, wie die Offene Arbeit gezielt dagegehalten kann.

**Wilfried Duckstein** berichtet über seine Erfahrungen im Jugendhilfeausschuss in Hannover, dessen Vorsitz nach den Kommunalwahlen 2016 eher zufällig an die AfD gefallen ist. Ihre Interventionen dort sind rassistisch motiviert und zielen unter der Fahne „Neutralitätsgebot“ darauf, emanzipatorische, politische Jugendarbeit zu denunzieren und finanziell zumindest einzuschränken. Sein Beitrag schließt mit einigen konkreten Vorschlägen zu einer Strategie des Dagegehaltens.

**Tobias Burdukat** erläutert sein Verständnis von Offener Jugendarbeit, die Grundlage des von ihm vor Jahren gestarteten anti-rassistischen Projekts „Dorf der Jugend“ in

Grimma bei Leipzig. Rechtsextremismus ist aus seiner Sicht nur die extremste Form einer ansonsten weitverbreiteten „Menschen- und Demokratiefeindlichkeit“, die „Spitze eines Eisbergs“. Will Offene Kinder- und Jugendarbeit Rechtsextremismus nachhaltig etwas entgegensetzen, benötigt sie ein umfassendes emanzipatorisches Konzept.

**Romy Nowak** und **Kai Dietrich** resümieren ihre Erfahrungen beim Arbeitsbereich „Mut – Fortbildung, Beratung, Strategieentwicklung zur Prävention gruppierungsbezogener Ablehnungen“ der AGJF Sachsen e.V. Sie beschreiben zunächst Anlässe für Beratungsprozesse örtlicher Träger und Einrichtungen, wie sich Ablehnungshaltungen bei Jugendlichen konkret äußern und wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf bezogene Handlungskompetenzen verstärken können. Ihre These ist, dass in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Methoden im engeren Sinn hier wenig hilfreich sind. Es geht vielmehr darum, „den Raum und die dort stattfindenden Interaktionen“ aufmerksamer zu beobachten und „auf dieser Grundlage Gelegenheitsstrukturen für demokratische Bildungs- und Aneignungsprozesse zu schaffen.“

**Thea Koss** beschreibt anhand einiger Beispiele, was passiert, wenn Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit ins Visier ihrer „Gegner“ geraten.